

A N T R A G

der Abgeordneten Vladyka, Weninger, Cerwenka, Dworak, Findeis, Gartner, Gratzer, Jahrmann, Kadenbach, Kautz, Kernstock, Mag. Leichtfried, Mag. Motz, Prof. Dr. Nasko, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Sacher und Thumpser

betreffend dringend notwendige Förderung der Heizkosten für NiederösterreicherInnen mit niedrigem Einkommen

Die Kälte des Winters bedingt für die niederösterreichischen Haushalte, dass ein beachtlicher Teil des Familieneinkommens für Heizzwecke aufgewendet werden muss. Hier stellen gerade die stetig steigenden Preise für Öl und elektrische Energie besonders für jene Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, welche nur ein geringes Einkommen zur Verfügung haben, ein Problem dar. Vor allem auch Pensionistinnen und Pensionisten mit niedriger Pensionshöhe, welche durch die Regelungen auf Bundesebene heuer mit keiner Steigerung des Einkommens rechnen dürfen, stehen vor dem Problem, dass Heizkosten ihren finanziellen Handlungsspielraum enorm einschränken.

Im Hinblick darauf, dass bereits ein großer Teil der Heizperiode vergangen ist und das Land Niederösterreich im Gegensatz zu den vergangenen Jahren noch immer keinen Heizkostenzuschuss auszahlt, ist es dringend an der Zeit, die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- so rasch als möglich die Voraussetzungen zur Auszahlung eines Heizkostenzuschusses in Höhe von jeweils 50,- € für die Heizperiode 2003/2004 entsprechend den Richtlinien für die Heizperiode 2002/2003 zu schaffen, damit

der anspruchsberechtigte Personenkreis ehebaldig Hilfe durch das Land erhält, sowie

- für die kommenden Heizperioden eine entsprechende gesetzliche Anspruchsberechtigung vorzubereiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen;
- mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, damit auch dieser einen Heizkostenzuschuss in der Heizperiode 2003/2004 in der Höhe von jeweils 50 € für die in Niederösterreich nach den Richtlinien der Heizperiode 2002/2003 anspruchsberechtigten Personen leistet.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung in der Sitzung des Sozialausschusses am 19. Februar 2004 möglich ist.